

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis monatlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Bekanntmachung des Hauptvorstandes

Infolge der Papierknappheit sah sich der Hauptvorstand vor die Entscheidung gestellt, die „Baugewerkschaft“ entweder nur zweifach wöchentlich oder sie im bisherigen Umfang 14täglich erscheinen zu lassen. Er hat sich für das letztere entschieden. Die Mitglieder mögen dies als ein unvermeidliches Kriegsopfer hinnehmen. Sobald die Papierverhältnisse es erlauben, erscheint die „Baugewerkschaft“ wieder wie bisher.

Der Hauptvorstand.

J. A.: Jos. Wiebeberg.

Die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung

Drei Jahre Krieg sind vorüber. In uns und um uns sind große Umwälzungen vor sich gegangen. Alte Staatsgebilde wanken und zittern in allen Fugen. Bekrönte Häupter, vor denen die Menschen zitterten, werden in die Verbannung geschickt; oder sie irren, des eigenen Landes vertrieben, umher. Die Gnade der Freunde muß ihnen ein Obdach gewähren. Viele Ideale haben sich als Trugbild enthüllt. Ausländer, mit denen auch mancher unserer Volksgenossen auf Kongressen Brüderlichkeit trauet, wagten es, uns in diesem Weltkriege als Barbaren zu beschimpfen. Selbst das Land jenseits der Alpen, das die Vorkämpfer für Deutschland lieferte, das aber auch jene Streikbrecher schenkte, die wir alle kennen, wagte uns mit Schimpfwörtern zu belegen. Einen Haß erfuhr wir, wie wohl kaum ein Volk der Erde gehaßt worden ist. Aber wir entdeckten auch unsere Kraft. Nur mit einigen treuen Verbündeten trugen wir dem Haß des Erdballs.

Wenn die Stürme brausen, so sagen sie die dünnen Äste von den Bäumen, und der gesunde Zweig leidet gar oftmals Schaden. Mit banger Sorge hat mancher von uns schon früher bei gespannter politischer Lage über die Zukunft der Gewerkschaften nachgedacht. Ein Krieg, daran konnte nicht gezweifelt werden, mußte auch die Gewerkschaften erschüttern. Wacht ein Bahnrad im Naderwert, so kommt die Maschine zum Stillstand. Wenn nun aber eine ganze Anzahl Gewerkschaftsführer zum Heresendienst einberufen wurde, mußte das nicht die Organisation schwer treffen? Nach drei Jahren Krieg können wir die Tatsache feststellen, die Gewerkschaften leben, und sie haben sich im Kriege sogar mehr Achtung errungen, als im Frieden.

Ist das nicht ein Widerspruch, daß die Gewerkschaften trotz starker Erschütterung sich mehr Anerkennung erobert haben, als im Frieden? Gewiß nicht. Vor dem Kriege waren wir auf dem Wege, den Gewerkschaften die Anerkennung zu verschaffen, die sie als Organe großer Massen beanspruchen durften. Die Zeit, wo der gewerkschaftliche Führer dem gemeinen Verbrecher gleichgestellt wurde, ging zu Ende. Mit welchen Gefühlen müssen manche Polizeibehörden daran denken, daß sie von ihnen gejagt und befehdenen Agitatoren ein Verbot schufen, das in schicksalsschwerer Stunde dem Reich mit das Durchhalten ermöglicht. Der Weltkrieg hat gelehrt, daß ohne die Arbeitermassen kein Kampf gegen eine Welt von Feinden geführt werden kann. Ohne Organisationen würde die Rüstungsindustrie gar nicht zur Ruhe kommen. Hätten die Gewerkschaften nicht in schwerer Arbeit der Arbeiterschaft ein besseres Los erkämpft, niemals hätten sich die Arbeitermassen voll und ganz ans teure Vaterland anschließen können. In der Entscheidungsstunde unseres Volkes haben sich die Gewerkschaften bewährt. Sie haben ihre Mitglieder nach Möglichkeit unterstützt, haben Verständnis dafür geweckt, daß es um das Ganze geht und jeder Teil darum durchhalten muß. So dürfen wir wohl auch darauf rechnen, daß in kom-

mender Friedenszeit der Staat den Interessenvertretungen der Arbeiterschaft dieselben Rechte einräumt, wie anderen Erwerbsklassen.

Ist aber damit schon die Zukunft der Gewerkschaften gewährleistet? Kämpft es sich nicht besser in der Opposition? Muß nicht eine aufsteigende Klasse Kämpfe führen, die die Massen mitreißen? Droht nicht etwa einer kommenden Zeit, daß die Gewerkschaften im Surrealismus aufgehen? Sicher werden die Gewerkschaften auch in kommenden Friedensjahren noch Führer brauchen, die selbstlos sich aufopfern. Nicht aus mit Rosen gestreuten Wegen wird sich eine aufsteigende Klasse Gleichberechtigung und soziale Anerkennung erringen. Dornenvoll und voller Hindernisse wird die Bahn sein, die sich vor uns auftut. Aber deshalb braucht man doch nicht der Meinung zu sein, die schärfste Opposition, die natürlich von den staatlichen Organen erwidert wird, wäre besser. Unnötige Kräfte müssen verbraucht werden, wenn die staatliche Gewalt mit den Arbeiterorganisationen den Kampf führt. Andererseits verfügt der Gegenwartsstaat über viele Mittel, die im Interessenkampf der Massen ausgiebig angewandt werden können, die Gefahr der Versumpfung braucht nicht im geringsten einzutreten. Das könnte nur eintreten, wenn die Gewerkschaften vergessen würden, was sie sind. Wenn es sich um die wirkliche Vertretung von erreichbaren Zielen handelt, dann werden die Arbeiterorganisationen auch alle geschlechtlich und moralisch zulässigen Mittel dafür anwenden müssen. Wir haben auch keine Ursache, daran zu zweifeln, daß dieses geschieht. Nach dem Kriege wird in manchen Angelegenheiten ein ernstes Wort noch zu reden sein. Im Augenblick brennt uns das Haus an allen Ecken, und da gilt es, erst die Brandstifter zu beseitigen, dann wird es Zeit sein, im Inneren nach dem Rechten zu sehen.

Ist so durch den Krieg manches beseitigt, was die Gewerkschaften hinderte an ihrer Ausbreitung, so fragt es sich dennoch, ob sie noch die nötige Zugkraft auf die Arbeiterschaft ausüben. Auch hier haben wir manche Enttäuschungen erlebt. Für manchen ehemaligen Kollegen liegt heute kein Bedürfnis vor, sich um die Organisation zu kümmern. Vielfach ist die Nachfrage nach Arbeitskräften größer als vor dem Kriege. Dessenhalb sorgen die Gewerkschaften, daß auch die Interessen der Nichtorganisierten zur Geltung kommen. Wir haben es ja früher erlebt, wenn eine Anzahl Kollegen nicht durch Lohnverkürzungen an die Organisation erinnert wurde, dann zahlten sie keine Beiträge. Heute kann er sich den Lohn einstecken und zahlt keinen Pfennig. Aber wird das immer so bleiben? Am Ende des Krieges strömt eine große Schar in die Heimat, die nun auch bald Arbeit wünscht und Verdienst. Dann, wenn sich mehr Hände anbieten, als beschäftigt werden können, tritt der erste kritische Moment ein; dann wird sicher von den Unternehmern versucht werden, den Lohn zu brüden.

Wenn man über die Zukunft der Gewerkschaften nachdenkt, dann wird man zu dem Ergebnis kommen: solange die gegenwärtige kapitalistische Produktions-erzeugung andauert mit ihrer Verteilung des Einkommens im freien Wettbewerb, so lange werden die Arbeitermassen auch Organisationen brauchen, die ihre Interessen vertreten. Die Gewerkschaften sind daher auch fest mit dem wirtschaftlichen und sozialen Leben der Gegenwart verbunden. Die Tatsachen sind oft erörtert und brauchen hier nur angedeutet werden. Dem Arbeiter stehen in der Gegenwart keine anderen Möglichkeiten offen, als bei einem Unternehmer sich durch seine Arbeitsleistung Geld zu verdienen, um die Gebrauchsgüter des täglichen Lebens einzukaufen. Von der Höhe des Lohnes hängt die Qualität und Quantität der Güter ab, die der Arbeiter sich leisten kann. Jeder vernünftige Arbeiter wird streben, einen möglichst hohen Lohn zu erringen. Der Unternehmer steht im Wettbewerb mit anderen Unternehmern. Er hat nur Aussicht, den Markt zu erobern, wenn er billigere und bessere Ware liefert, als seine Konkurrenten. Jeder Unternehmer muß bei Strafe des Unterganges die Produktionskosten niedrig halten. Freilich nur im freien Wettbewerb. Dazu gehören auch die Löhne, denn sie machen oftmals einen er-

heblichen Bruchteil der Produktionskosten aus. Hier liegt der Gegensatz, den nicht der Unternehmer, noch der Arbeiter geschaffen hat. Bei freier Konkurrenz und ohne Organisation wird der Arbeiter zum Spielball gewissenloser Elemente. Er ist recht- und machtlos, wie dieses eine Geschichte von mehr als einem Jahrhundert bewiesen hat. Ganz natürlich werden sich die unter gleichem wirtschaftlichen Druce stehenden Menschen zu gemeinsamem Handeln vereinigen. Auf Grund dieser Erwägungen darf man als sicher annehmen, daß die Gewerkschaften sein werden, solange es Unternehmer gibt, die an niederen Löhnen, und solange es Arbeiter gibt, die an hohen Löhnen interessiert sind.

Freilich wissen wir, daß diese theoretischen Überlegungen noch keine praktische Organisation zur unbedingten Folge haben. Eine Gewerkschaft ohne wirkliche und baldige Erfolge ist unmöglich. Der Arbeitsmarkt und der Stand der Konjunktur spielen eine wichtige Rolle. Wenn wir nach dem Kriege nicht mehr für fremde Völker Produkte herstellen könnten und die Möglichkeit des Bezuges von Rohstoffen ausgeschlossen wäre, so würde eine dauernde Überfüllung des Arbeitsmarktes die logische Folge sein. Unmöglich wäre es aber dann, Erfolge zu erringen. Sehen wir uns dessen wohlbewußt, auf den Schlachtfeldern wird auch über die Zukunft der deutschen Industrie, über die Höhe der Löhne und über Sein und Nichtsein der Gewerkschaften entschieden. Die kommenden Friedensverhandlungen sind nicht ein Gegenstand des Sportes für Diplomaten, auch nicht nur im Interesse von Kapitalklassen gelegen, wie wichtig-tuende Schwäger schon heute behaupten, sondern sie entscheiden die Zukunft der deutschen Arbeitermassen. Wenn wir diese Tatsache im Auge behalten, dann begreifen wir den Unterschied vergangener Kriege von dem der Gegenwart. In der Vergangenheit wurde oft gekämpft um die Machterweiterung von Königen und Fürsten, in der Gegenwart wird um **Armut und Wohlstand**, kurz, um die Zukunft großer **Massen** mit eisernen Fingern gekämpft. Daher auch unsere **Interesse**, daß Deutschland siegreich aus diesem **Kampf** um Sein oder Nichtsein hervorgehe. Ich **bitte** meine Person könnte deshalb an eine Zukunft der Gewerkschaften nur glauben, wenn wir wenigstens unsere alten Grenzen behalten und auf dem Weltmarkt keine ungünstigeren Handelsbeziehungen haben, als unsere Gegner. Es ist dringend geboten, sich jetzt in kritischer Stunde diese Tatsachen recht deutlich vor Augen zu halten.

Aber wir glauben doch alle fest an die Unüberwindlichkeit unseres Volkes. Ein Volk, das **Männer** hat wie Hindenburg und Ludendorff, **Helden** wie Web- bigen, Graf Spee, Böcke und Jünnemann, um nur einige Namen aus der großen Zahl zu nennen, kann, wenn es etnig bleibt, nicht überwunden werden. An unserer Heilenschar kann sich auch der Schwache in trüben Stunden aufrichten, zu ihnen kann er auf- schauen und ihnen nachzustreben sich bemühen. Wenn wir an die Zukunft unseres Volkes glauben dürfen, dann dürfen wir auch die sichere Wahrscheinlichkeit, lohnenden Verdienstes ins Auge fassen, und somit noch an einer Blütezeit unserer eigentlich doch jungen Gewerkschaftsbewegung festhalten.

In Aufgaben wird es den Arbeiterorganisationen nicht fehlen. Die Regelung der Lohn- und Arbeits- bedingungen bleibt ihr eigentliches Arbeitsgebiet. Die Vergangenheit hat aber jedenfalls gezeigt, daß eine Arbeiterbewegung sich nicht nur auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beschränken kann. Von der Gestaltung des Weltmarktes durch Handels- verträge hängt die Arbeitsgelegenheit und lohnender Verdienst ab. Keine Gewerkschaft kann deshalb bei der Neuordnung unserer Handelsbeziehungen den Kopf in den Sand stecken, wie der Vogel Strauß, und die Dinge laufen lassen. Sie wird öffentlich sagen müssen, welche Stellung sie einnimmt. Eine bessere Lebenshaltung ist nicht nur abhängig von der Lohn- höhe, sondern auch davon, was man sich für das verdiente Geld kaufen kann. Die Preisbewegung und damit die Erfassung des Reallohnes bleibt dann eine wichtige Aufgabe. Andererseits kann es uns nicht gleichgültig sein, welchen Einfluß die Arbeiterkraft

in der Verfassung und Verwaltung des Staates ausübt; denn hiervon hängt die Verwirklichung berechtigter Wünsche ab. Dadurch ergibt sich eine klare Auffassung über Wesen und Aufgaben des Staates im Inneren wie in den Beziehungen zu fremden Völkern. Ohne eine anständige Wohnung kann niemand sich als Mensch fühlen. Die statistische Erfassung des Wohnungsebens muß zunächst erreicht werden. Die Herstellung von gesunden Wohnungen, die zugleich preiswert sind, ist dann das weitere Problem. Nebenher, aber deshalb nicht unwichtig ist der Ausbau der Arbeiterversicherung, Schaffung eines Arbeiterrechts, Beseitigung von Ausnahmestellen gegen die Gewerkschaften usw. Es leuchtet ein, daß das Tätigkeitsgebiet der Gewerkschaften weit über das als vor Jahrzehnten geahnt werden konnte. Die Gewerkschaftsbewegung ist mitten hineingestellt in unser wirtschaftliches und kulturelles Leben. Mit den konfessionellen Arbeitervereinen muß die Gewerkschaftsbewegung zur Arbeiterbewegung werden, die sich mit allen Lebensfragen der Arbeiterschaft auseinandersetzt. Daß dann die ideale Erziehungsarbeit eine Aufgabe von größter Bedeutung ist, versteht sich von selbst. Denn wer die Zustände bessern will, muß bei den Menschen anfangen.

Angesichts so großer und vieler Aufgaben braucht nicht erst betont zu werden, wieviel von den Führern in der Arbeiterbewegung abhängt. Viel Kenntnis und klüger Blick sind erforderlich, dabei selbstlose Betätigung, um der Arbeiterschaft im neuen Deutschland die Stellung zu verschaffen, die zum weiteren sozialen Aufstieg notwendig ist. Wie vor allem den Führern in der Arbeiterbewegung das erforderliche Wissen vermittelt werden kann, das bedarf später einer eingehenden Diskussion. Mit allen Kräften in der Arbeiterbewegung in komigender Zeit zu arbeiten, ist dann gewiß eine hohe Aufgabe. Fr. C.

Ostpreußen

Vor dem Kriege war Ostpreußen für den größten Teil des deutschen Arbeiterstandes eine unbekannte Ecke unseres Vaterlandes. Man kannte diese Provinz wohl dem Namen nach und als das Reich der Großgrundbesitzer mit einer räuberischen Arbeiterschaft. Selten wohl ist es einem nicht eingeweihten Bauarbeiter eingefallen, in Ostpreußen sein Heil zu versuchen. Trotzdem war der ostpreussische Bauarbeiter den Arbeitern des Westens nicht unbekannt, und zwar durch eine besonders starke Abwanderung nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Vom Jahre 1871 bis 1910 hat Ostpreußen 700 400 Menschen durch Abwanderung verloren. Zum größten Teil waren diese Abgewanderten in den Provinzen Brandenburg, Westfalen und Rheinland Arbeit und eine neue Heimat gefunden.

Durch fehlende Arbeitsgelegenheit war diese starke Abwanderung nicht bedingt. Es wurde im Gegenteil durch die in der Landwirtschaft ein großer Arbeitsmangel hervorgerufen, welcher durch polnische und galizische Arbeitskräfte gedeckt werden mußte. Die Gründe der Abwanderung der einheimischen Arbeiter lagen auf anderem Gebiete. Schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse, ganz besonders die gesellschaftlichen Verhältnisse, haben die Abwanderung wesentlich gefördert. Das Kastenwesen ist nirgends so stark wie im Osten. Die unbefriedigende soziale Stellung trieb die Arbeiter zu Tausenden aus ihrer Heimat. Die ausländischen Arbeitskräfte bildeten überdies infolge ihrer Anspruchslosigkeit, ihrer Billigkeit und Botmäßigkeit starke Hemmnisse für die Aufnahme der einheimischen Arbeiterschaft. Auch infolge der wirtschaftlichen Struktur der Provinz war eine allgemeine Hebung des Arbeiterstandes nur schwer zu erreichen. Von 100 Erwerbstätigen gehören 59 zur Land- und Forstwirtschaft, 17,3 zur Industrie, Berg- und Baugewerbe, 7,9 zum Handel und Verkehr. Stellen wir dann weiter in Betracht, daß z. B. der Regierungsbezirk Düsseldorf 1910 auf einer Gesamtfläche von 500 000 Hektar 3,5 Millionen Einwohner zählte, die Provinz Ostpreußen dagegen auf einem fast siebenmal so großen Gebiete nur 2 Millionen Menschen, so haben wir ein Bild von der wirtschaftlichen Lage und der dünnen menschlichen Besiedelung. Hinzu tritt noch, daß der Grund und Boden fast in nur wenigen Händen befindet. Beherrscht von einem Handvoll des Großgrundbesitzers, so hat in Ostpreußen das Großgrundbesitzertum.

Diese landwirtschaftliche Besitzverteilung ist zum großen Teile jenseitig, wenn die ostpreussischen Arbeiter in sozialer wie in geistiger Hinsicht der Arbeiterwelt des Westens Deutschlands nachsehen. Diese Unterschiede sind teilweise sehr stark. Sie sind das Ergebnis, was die Berufsorganisation unter den ostpreussischen Bauarbeitern für ihre Tätigkeit hatte. Die ostpreussischen Arbeiter haben sich wirtschaftlich nicht so weit entwickelt wie die westlichen Arbeiter. Die Gewerkschaftsbewegung hat sich nicht so weit ausbreiten können. Das ist ein Ergebnis der Lage der Arbeiter selbst, sondern auch ein Ergebnis der Lage der Gewerkschaften im Osten.

geündet. Ein Jahrhundert alte, in patriarchalischen Vorurteilen groß gewordenes Herrentum, das nur regierend durchs Leben schritt, kann sich nicht so leicht damit abfinden, daß wirtschaftlich Besitzlose Ansprüche an das Leben stellen dürfen. Vielfach verbrachten die Besitzer der sehr großen Güter die meiste Zeit außerhalb Ostpreußens, so daß ihnen die Kenntnis für das, was in den unteren Volksschichten nach Entwicklung drängt, abgeht. Der Klassenunterschied äußert sich nur im Befehlen und Gehorchen.

Aus dieser Lagerung der sozialen Verhältnisse hat sich eine unerfreuliche Saat entwickelt. Nicht bloß zum Schaden Ostpreußens, sondern des ganzen deutschen Volkes. Anstatt sozialer Versöhnung sind die Gegensätze verschärft. Infolge einer falschen Machtanwendung, gegen die die Arbeiterschaft sich nicht wehren konnte, und der sie sich fügen mußte, hat dumpfer Groll und Mißtrauen sich bei ihr gebildet. Keine Lebensfreude und das Streben nach einer geordneten und besseren Lebensweise wurde weithin erstötet. Die Schnapsflasche bildete den Tröster in allen Lebenslagen und war vor dem Krieg bei einem großen Teil der arbeitenden Bevölkerung Ostpreußens die Glückspendlerin.

Durch den Krieg ist Ostpreußen in den Vordergrund des Interesses gerückt. Die durch den Russeneinfall hervorgerufenen Zerstörungen haben für Tausende von Bauarbeitern Arbeitsgelegenheit geschaffen, die aus allen Gegenden Deutschlands nach dort hinströmen. Zum erstenmal zieht Ostpreußen Bauarbeiter aus anderen Gegenden an sich. Dieser Zustand wird auch mehrere Jahre nach dem Kriege anhalten. Inwieweit Ostpreußen sich industriell entwickeln wird, hängt von etwaigen Grenzverschiebungen, von der Erschließung der Wasserwege sowie der Siedlungsfrage ab.

Durch die Möglichkeit, im Aufbauggebiet Ostpreußens Arbeit zu finden, ist das Interesse nicht ansässiger Arbeiter für die Verhältnisse im hiesigen Baugewerbe geweckt worden. Die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist aus diesem Grunde in erhöhtem Maße eine Angelegenheit der gesamten Bauarbeiterschaft Deutschlands geworden. Nicht aber bloß infolgedessen, ob während der Hauptbeschäftigungsperiode ein guter Verdienst erzielt werden kann, sondern daß eine dauernde Verbesserung der hiesigen Verhältnisse erreicht wird. Selbst wenn der Osten auch nur vorübergehend eine Arbeitsstätte fremder Bauarbeiter sein wird, kann es nicht gebuldet werden, daß diese die Konjunktur nur für sich ausnützen, während die Verhältnisse der hiesigen Arbeiterschaft sie gleichgültig lassen. Solch ein Verhalten widerspricht der Arbeitersolidarität und würde ein Vergehen gegen die hiesigen Arbeiter bedeuten. Wer mit beratigen Absichten nach Ostpreußen kommt, der möge lieber fernbleiben und die Ausnutzung der günstigen Wirtschaftslage ostpreussischer Arbeitern allein überlassen.

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß zwischen der östlichen und westlichen Arbeiterschaft eine gewisse Kluft besteht. Sie liegt in den geschilberten verschiedenen Verhältnissen und Entwicklungsstufen begründet. Es ist hierbei weniger von einer Schuld der ostpreussischen und von einem Verdienst der westlichen Arbeiter zu sprechen. Die vorliegenden Verhältnisse bieten aber die beste Gelegenheit, diese Kluft zu überbrücken.

Der abwandernde ostpreussische Arbeiter wurde vielfach von der Arbeiterschaft anderer Provinzen mit Vorurteilen und Mißtrauen aufgenommen. Man sah in denselben einen Fremdling, der als lästiger Konkurrent den eigenen Aufstieg hemmen konnte. Ist solches auch weithin der Fall gewesen, insbesondere in den ungelerten Berufen, so hat aber auch die Mehrzahl der Arbeiter es selten ernster versucht, die Eigenart des ostpreussischen Arbeiters zu studieren, um so zu einem harmonischen Band mit ihm zu gelangen. Vielfach waren auch die Bande der Organisation nur lose und ohne innere Festigkeit geknüpft.

Ein gewisser Geistesdübel einerseits und mangelnde Einsicht andererseits bildeten die Hemmnisse. So ist zwar der ostpreussische Arbeiter kein Unbekannter in Deutschland, aber er steht bei der übrigen Arbeiterschaft in einem falschen Urteil. Diese falsche Beurteilung und Abneigung hat nicht bloß in der Fremde zu Unzuträglichkeiten geführt, sondern auch jetzt bei der Zusammenarbeit im Aufbauggebiet zeigen sich ihre Schattenseiten. Da hieraus sich nicht nur persönliche Konflikte, sondern auch Nachteile für die Entwicklung der Organisation ergeben, ist dringendes Erfordernis, daß durch gegenseitiges Verstehenlernen eine Besserung angestrebt wird. So wie heute die Verhältnisse liegen, kann es nicht weitergehen, sollen nicht große Schäden für die Bauarbeiterschaft daraus entstehen.

Wie liegen heute die Verhältnisse? Im vergangenen und auch in diesem Jahre ist ungeheures Aufbaugeschehen im Osten. Eine beträchtliche Anzahl neuer Bauarbeiten war und ist noch hier beauftragt. Infolge der Einberufungen hat sich die Zahl der Arbeiter beträchtlich verringert. Die Arbeiter, die von Kriegsjahren her, Vertriebenen und Kellnern, herangezogen werden, haben sich dagegen vermehrt. Trotzdem ist die Zahl der Beschäftigten noch so groß,

daß eine beträchtliche Erstarkung der Berufsorganisation im Bereich der Möglichkeit liegt. Außenstehende glauben vielleicht auch, daß diese rege Bautätigkeit einen bedeutenden Zuwachs für die Organisation gebracht hat. Dieses trifft leider nicht zu. Gewiß sind Erfolge zu verzeichnen, die jedoch gegenüber der beschäftigten Arbeiterzahl gering sind. Daß dieses so ist, liegt nicht daran, daß keine genügende Werbearbeit entfaltet wird, sondern lediglich an der indifferenteren Gesinnung der zugewanderten Bauarbeiter. Nirgendwo muß bei der Agitation so viel Werben geschluckt und Gebuld an den Tag gelegt werden, wie im Aufbauggebiet. Es sind Zustände fast wie in den Anfangsjahren gewerkschaftlicher Entwicklung.

Welche Ursachen sind die Schuld an diesen Zuständen? In erster Linie die Haltung der Zugereisten. Vollgeladen mit allerhand Vorurteilen gegen die hiesigen Arbeiter kommen sie hier an. In ihrem Dünkel glauben sie, turmhoch über dem einheimischen Bauarbeiter zu stehen. Kolonnenweise durchziehen sie das Land, nehmen den hiesigen Arbeitern die beste Arbeit weg und wählen im Afford drauf los. Haben sie an einem Orte durch ihre Wühlerei die Preise verborben, ziehen sie nach einer anderen Ecke, und daselbst beginnt von neuem. Der einheimische Arbeiter, der durch seine Familienverhältnisse an den Ort gebunden ist, deshalb die Arbeitsstelle nicht gerne wechselt, solange Arbeit vorhanden ist, muß sich mit den übrigbleibenden Arbeiten begnügen und den Unwillen der Arbeitgeber über sich ergehen lassen. Findet sich noch ein Stück Akkordarbeit, muß er dieses infolge der vorausgegangenen Wühlerei bedeutend billiger machen, als diejenigen, die längst den Staub von den Sohlen geschüttelt haben. Durch diese Treiberei der zugereisten Bauarbeiter wird dem einheimischen Arbeiter der Verdienst geschwälert und die Preise für immer herabgedrückt. Daß aus diesem Grunde der ostpreussische Bauarbeiter keinen guten Begriffs von den fremden, sich „aufgeklärt“ nennenden Bauarbeitern bekommt, liegt klar zutage. Wenn diese Wanderkolonnen dann noch versuchen wollen, den hiesigen Arbeitern gewerkschaftliche Begriffe beizubringen, und sie dabei auf Grund ihrer eigenen Talen ankraft auf Glauben auf Mißtrauen stoßen, so ist das wohl erklärlich.

In vielen Fällen ist die gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit der Zugereisten nur faules Geschwätz. Fühlt man ihnen stärker auf den Zahn, gehören sie selbst keiner Organisation mehr an. An Ausreden für ihre Organisationsuntreue mangelt es nicht. Meistens bekommt man ein Geschimpfe auf die Verbandsleitungen zu hören. Auf die Frage der Verbandszugehörigkeit erhält man sehr oft die Antwort: Ich zahle zu Hause. Hat einer erst diese Antwort gegeben, kann man sicher sein, sie von allen übrigen Anwesenden zu hören. Natürlich ist in den meisten Fällen alles Schwindel. Ist derjenige, der die Frage nach der Verbandszugehörigkeit stellt, vom sozialdemokratischen Verband, dann sind die Befragten fast trotzdem im christlichen Bauarbeiterverband, ist der Frager von letzterem, sind sie natürlich im sozialdemokratischen Verband. So wird das Blaue vom Himmel heruntergeschwändelt. Für angelegte Verbandsversammlungen zeigen die Fremden das allerwenigste Interesse. Gewerkschaftliche Mitarbeit bildet eine sehr seltene Ausnahme. Diejenigen, die mitarbeiten, sind treue Kollegen aus den angrenzenden Provinzen. Die von weiter herkommen, schwingen salbungsvolle Reden, um damit ihren Mangel an gewerkschaftlicher Einsicht zu verdecken.

Dieses Verhalten der Zugereisten schädigt das Organisationsleben sehr schwer. Anstatt Förderer zu sein, bilden sie ein großes Hemmnis für den Aufstieg der ostpreussischen Arbeiterschaft. Sie erschweren durch ihr persönliches Verhalten aber auch die Gewinnung der einheimischen Arbeiterschaft für die Organisation. Infolge der besseren gewerkschaftlichen Schule der westlichen Arbeiterschaft ist der hiesige Arbeiter des Glaubens, daß jene auch mehr gewerkschaftlichen Geist bekunden müßten. Dieses hat durchaus seine Berechtigung. Nun er aber das gerade Gegenteil von ihnen sieht, bricht sein ganzer Glaube zusammen und erfüllt ihn mit Abneigung nicht nur gegen den Fremden, sondern auch gegen die Organisation selbst. Aus diesen Zuständen ergeben sich bedeutende Schäden, die nach einer Verbesserung drängen. Die gute Arbeitsgelegenheit im Osten ist nicht bloß als eine günstige Verdienstmöglichkeit zu betrachten, sie bedeutet für den ostpreussischen Arbeiter viel mehr. Sie soll soweit wie möglich als eine Gelegenheit zu einer dauernden Hebung der gesamten Verhältnisse dienen. Hieran hat die gesamte deutsche Arbeiterschaft ein Interesse, und hat daher auch jeder zureisende Bauarbeiter die Pflicht, daran mitzuarbeiten. Dazu ist in erster Linie erforderlich eine Besserung der Organisationsverhältnisse. Dankt sich der aus westlichen Provinzen zugewanderte Arbeiter gewerkschaftlich und geistig für aufgeklärter, dann soll er sich bemühen, diesen Geist auch seinem ostpreussischen Arbeitskollegen zu übermitteln. Jedes dünkeltüchtige Ueberheben ist nicht angebracht. Die ostpreussische Arbeiterschaft hat es

und für sich eine intelligente Veranlagung und ist Vorträgen sehr zugänglich. Aber mit diesen Bedingungen mögen auch die persönlichen Taten überwiegen, sonst verfällt man in die im Anfang gekennzeichnete Erziehungsmethode.

Man versuche die eigene Art der hiesigen Bevölkerung zu studieren, alsdann wird ersichtlich, wo der Hebel für eine Besserung anzusetzen ist. Vorbedingung ist aber, daß man Ostpreußen nicht als künstliche Stätte für gewerkschaftliche Drückbergerei betrachtet. Man beglücke ferner die hiesigen Bauarbeiter nicht mit sogenannten Berliner Arbeitsmethoden, sondern man passe sich der hiesigen soliden Arbeitsweise an. Der ostpreussische Maurer und Zimmerer steht beruflich der übrigen Arbeiterchaft nicht nach. Im Gegenteil, seine Ausbildung erstreckt sich noch auf alle Banarbeiten. Die Spezialarbeit lasse man dort, wo sie selber zum Schaden der Bauarbeiter nicht mehr eingebämmt werden kann. Solches liegt sicher auch nicht im Interesse des gesamten hiesigen Baugewerbes. Hoffentlich werden diese Zeilen dazu beitragen, klärend und fördernd im Interesse des Verbandes und des gemeinsamen Strebens der gesamten Banarbeiterschaft zu wirken.

Carl Diebrich.

Allgemeines

Das Eiserne Kreuz erhielten folgende Kollegen: **Jarrah Hese**, Mitglied der Zahlstelle Prunischweitz; **Unteroffizier Bernhard Artmann**, Mitglied der Zahlstelle Reichborn; **Geselle Franz Krüschol**, Mitglied der Verwaltungsstelle Gesehlinchen; **Geselle Bernhard Schneider**, Mitglied der Zahlstelle Schmiedehausen; **Unteroffizier Ludwig Willeke**, Unteroffizier August Westmann, Unteroffizier Friedrich Marx, Unteroffizier Joh. Kirchhoff, **Wilh. Schmidt**, **Franz Volkmann**, **Jos. Knauch**, **Karl Dörchmann**, **Johann Knauch**, Mitglieder der Zahlstelle Klagen. Den **Bulgarischen Verdienstorden 4. Klasse** erhielt Kollege **Theodor Iwo** aus Wardorf, Mitglied der Zahlstelle Duisburg. Zum **Sergeanten** befördert wurde Kollege **Jos. Hülsmann**, Mitglied der Zahlstelle Münster i. W., zum **Unteroffizier** **Jacob Stetof**, Mitglied der Zahlstelle Düren.

Wohnungsreformumgebung. Eine große Kundgebung zugunsten der Wohnungsreform wird der Deutsche Wohnungsausschuß, in dem fast sämtliche einschlägigen großen Zentralorganisationen Deutschlands vertreten sind, am 30. Oktober in Berlin veranstalten. Die drohende Gefährdung der Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt, die Verzögerung der preussischen Wohnungsreform und die dringende Notwendigkeit, in der Wohnungsfrage nunmehr zu größeren Ergebnissen zu kommen, machen eine stärkere Beschäftigung der Öffentlichkeit mit diesen Dingen unbedingt erforderlich. In der Kundgebung soll insbesondere für eine Reihe wichtiger positiver Wohnungsreformmaßnahmen, sowie für das baldige Zustandekommen der eben erwähnten Gesetzgebung eingetreten werden. Nähere Auskunft erteilt der obengenannte Ausschuss: Berlin-Schöneberg, Neue Steinmetzstraße 4.

Für die Alleinlebenden und Bedürftigen. Näher und näher kommt der Winter und mit ihm das vierte Weihnachtstfest, das die Braven da draußen vor dem Feinde begehen müssen.

Gegreich wehen die Fahnen im Osten, Westen und Süden längs der undurchdringlichen deutschen Mauer, dort, wo unsere Kämpfer mit ihren Leibern des Reiches Grenzen schützen.

Wenn dann in Eis und Schnee Weihnachten kommt, allen die Gedanken aller nach Hause zu Weib und Kind, zu Eltern und Geschwistern. Immer wieder werden die stillen Seiten der Heimat gelesen, die lieben Zeichen des Heilens in die Hände genommen. Heimat und Front sind eins. In diesem Abend soll niemand trübe blicken, und wer keinen zu Hause hat, der ihn bedenken kann, soll ersehe die Heimat die Familie. Für diese Alleinlebenden und Bedürftigen zu sorgen, ist eine der ersten Aufgaben der staatlichen Abnahmestelle II des Gardekörps, welche dem Herrn stellvertretenden Militärinspektur d. fr. Kr., Fürst v. Hagensfeld, und dem Herrn Polizeipräsidenten v. Oppen unterstellt ist und zu Weihnachten in engster Fühlungnahme mit dem stellvertretenden Generalkommando des Gardekörps an die Garde und die aus ihr gebildeten Formationen Gaben sendet.

Jeder trage zu diesem wahrhaft schönen Zwecke bei und gebe sofort, da jetzt die Anläufe vorgenommen werden müssen. Jede Spende wird einzeln bestätigt!

Die Reform des Preussischen Herrenhauses. Wie die Tagespresse mitteilt, soll das Preussische Herrenhaus in eine Ständekammer umgewandelt werden. Es sollen darin erhalten die Landwirtschaft 48 Sitze, Handel und Industrie ebenfalls 48 Sitze, das Handwerk 12 Sitze, die Arbeiter 24 Sitze, die Universitäten 16 Sitze, die Geistlichkeit 17, die Städte 36, die ländlichen Gemeinden ebenfalls 36 Sitze. Daneben sollen die Oberhäupter der 24 größten Städte, 24 Vertreter des Großgrundbesitzes, die Minister und 120 durch königliches Vertrauen berufene Persönlichkeiten künftig dem Herrenhause angehören, unter letzteren 24 Prinzen und Vertreter früher regierender Häuser. Die Vertreter der Landwirtschaft sollen von den Landwirtschaftskammern,

Am Sonntag, den 21. Oktober, ist der 34. Wochenbeitrag fällig.

die Vertreter von Handel und Industrie von den Handelskammern, die Vertreter des Handwerks durch die Gewerkekammern, die Vertreter der Arbeiter durch die Versicherungsämter, die 36 Vertreter der Städte und 36 Vertreter der ländlichen Gemeinden von den Provinziallandtagen gewählt werden.

Veruchen diese Mitteilungen auf Wahrheit, so ist von einer starken Misachtung der Arbeiterchaft zu reden, der man nicht mindestens die gleiche Anzahl Sitze einräumen will, wie dem Handel und der Industrie, andererseits ist eine einseitige Bevorzugung der Landwirtschaft mit insgesamt 78 Sitzen zu konstatieren.

Der deutsche Eisenbahnverkehr. Der Personenverkehr der deutschen Staatsbahnen hatte, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ mitteilt, in den letzten zwölf Friedensmonaten (August 1913 bis Juli 1914) die höchsten bis dahin erzielten Einnahmen gebracht. Im ersten Kriegsjahre (August 1914 bis Juli 1915) blieb demgegenüber die Einnahme um 31,1 v. H. im zweiten Kriegsjahre um 21 v. H. zurück; dagegen hat sie in dem jetzt abgelaufenen dritten Kriegsjahre (bis Ende Friedensergebnis nicht nur wieder erreicht, sondern noch um 5,3 v. H. überschritten und einen Betrag von 1061 Millionen Mark erbracht. Der Güterverkehr, der im ersten Kriegsjahre gegen das letzte Friedensjahr um 16,3 v. H. zurückgefallen war, hatte das Friedensergebnis bereits im zweiten Kriegsjahre wieder ein, um es im dritten Kriegsjahre mit 274 Millionen Mark um 8 v. H. zu überschreiten. In diesen Zahlen sind die Einnahmen aus dem Militärverkehr mit enthalten; sie betragen aber im Durchschnitt der drei Kriegsjahre nur ein Drittel der Gesamteinnahmen. Welche Bedeutung der fortwährenden Erweiterung d. Eisenbahnverkehrs in diesem Jahre bezüglich u. a. zeigen besonders auch die Einnahmen des August 1917. In diesem Monat hat der Personenverkehr gegenüber August 1916 um 30,3 v. H. gegenüber August 1913 — dem letzten, zum Vergleich heranzuziehenden Friedensmonate — um 14,1 v. H. zugenommen, der Güterverkehr gegenüber 1916 um 11,3 v. H. gegenüber 1913 um 19,1 v. H. zugenommen. Das sind Zahlen, die für die ungeschwächte Kraft unseres wirtschaftlichen Lebens Zeugnis ablegen.

Die ständhaft hohen Obstpreise. Aus Baden schreibt man uns: Viele, besonders Arbeiterkreise, hatten damit gerechnet, daß billigere Obstpreise festgesetzt würden, als es voriges Jahr der Fall war. Diese Erwartung war durch die erheblich reichere ausgefallene Ernte in diesem Jahre durchaus gerechtfertigt. Nun ist aber das für unmöglich Gehaltene geschehen. Die Preise wurden um mehr als 30 Prozent höher bemessen wie 1916! Dieses ist für Süddeutschland nicht zu verstehen, wo die Obst-ernte eine sehr reiche ist.

In Konstanz war die Zufuhr von Obst auf den Märkten so groß, daß die Landwirte weit unter dem Höchstpreis veräußerten, und die Bauern noch die Hälfte ihres Obstes mit nach Hause nehmen mußten. Ueberhaupt im ganzen Schwarzwald ist der Obstgegen so reichlich, daß diese horrend hohen Höchstpreise nicht am Platze sind.

Das Herz möchte einem bluten, und man darf die Frage stellen: Ist es nicht himmelschreiend? Ich verkehre durch meine Fahrten sehr viel mit Landwirten, die mir wiederholt versicherten, daß die Obstpreise viel zu hoch seien und daß der halbe Preis noch genügen würde. Die ständhaft hohen Obstpreise wirken hier im Süden hinter der Front erbitternd, fast ist das Urteil allgemein, daß eine Herabsetzung dringend erforderlich sei. Natürlich, die allgewaltige Landwirtschaftskammer läßt die Regierung nicht nach ihrer Ueberzeugung handeln. Obstpreise von 40, 50 und 55 Pfennig pro Pfund sind Preise für Berlin, aber nicht für Produktionsgebiete wie Baden.

Diese Zustände aus Baden urteilt ganz recht. Leider ist es zu spät, um jetzt noch an eine Preisherabsetzung zu denken. Das Geschäft ist gemacht, und die Verbraucher haben wieder einmal kräftig herhalten müssen.

Berliner Brot- und Mehlpreise. Die Brotarten-gemeinschaft Groß-Berlins hat für den 15. Oktober eine Erhöhung der Brotpreise um 8 Pf. beschlossen, so daß also von diesem Tage ab das 1950-Gramm-Schwarzbrod 88 Pf., das 1950-Gramm-Weißbrod 90 Pf. kosten wird. Ebenso wird mit dem 15. Oktober eine Erhöhung der Mehlleinhandelspreise eintreten. Der Preis für das Pfund Weizenmehl stellt sich von diesem Tage ab auf 28 Pf., für das Pfund Roggenmehl auf 24 Pf. und für das Pfund Runkelmehl auf 30 Pf. Die Erhöhung des Brotpreises entspricht der durch die Reichsgetreidestelle festgesetzten Erhöhung des Mehlpreises.

Der Streit in der sozialdemokratischen Partei greift auf die Gewerkschaften über. Der „Vorwärts“ (Nr. 275) meldet aus Leipzig:

„Aus dem Leipziger Gewerkschaftskartell sind auf Betreiben der Unabhängigen Sozialdemokratie in den letzten Wochen eine Reihe von örtlichen Gewerkschafts-verwaltungen ausgegliedert, um dadurch ihrem Protest gegen die politische Haltung der Angehörigen des Kartells und gegen die Politik der Generalkommission Ausdruck zu geben. Die ausgegliederten Gewerkschaften fordern nunmehr zur Gründung eines unabhängigen Gewerkschaftskartells auf, das ein unabhängiges Arbeiter-journalistengründen und einen unabhängigen Gewerkschaftsjournalisten zur Auskunftsverteilung anstellen soll. Das ist der erste offene Schritt zur Spaltung der Gewerkschaften, der von den Unabhängigen

gen unternommen wird. Er hängt zusammen mit dem Beschluß der Leipziger Unabhängigen, daß in gemeinsamen Kommissionen der Partei und der Gewerkschaften nur solche Vertreter sitzen dürften, die bei der Unabhängigen politisch organisiert seien. Der Leipziger Kartellauschuß hat auf diese Zumutung den Beschluß gefaßt, daß die in die gemeinsamen Ausschüsse entsandten Kartellvertreter ausschließlich Gewerkschaftsvertreter, niemals aber Vertreter einer bestimmten parteipolitischen Richtung seien; darüber, wen das Kartell als Vertreter in die gemeinsamen Ausschüsse entsenden wollte, habe es selbständig, unbeeinflusst von außerhalb des Kartells stehenden Organisationen und nach rein gewerkschaftlichen Grundsätzen zu entscheiden — das Kartell lehne daher das Verlangen ab, nur Vertreter zu entsenden, die einer bestimmten Parteirichtung angehörten. Die Antwort auf diesen Beschluß, der für jeden Gewerkschaftler ja nur Selbstverständliches sagt, ist nunmehr die Gründung eines eigenen Leipziger Kartells der Unabhängigen. Solange diese linische Rechtshaberei, die jede Rücksicht der Arbeiterbewegung mit Füßen tritt, sich noch ausschließlich auf die örtlichen Organisationen beschränkt, ist sie verhältnismäßig ungefährlich. In einem schweren Schlag gegen die gesamte deutsche Arbeiterchaft würde dieser Zerplitterungsfanatismus erst werden, wenn er auch die Zentralverbände ergriffe.“

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Berlin.

Teuerungszulage im Berliner Dachdecker-gewerbe.

Da alle Versuche, eine entsprechende Teuerungszulage auf gutlichem Wege zu vereinbaren, an dem Widerstand der Arbeitgeber scheiterten, kam es am 3. Oktober in der Kartellratsstelle, an welche sich die beiden Organisationen, christliche und freie, gewandt hatten, zu einem Schiedsspruch. Das Resultat ist folgendes: Vom 1. 10. 17 ab auf den bisher tariflich festgelegten Lohnsatz von 1.10 Pf. Zulage = 1,50 %, vom 1. 11. 17 wieder 10 Pf. = 1,00 %, vom 1. 2. 18 bis 31. 3. 18 10 Pf. = 1,70 %. Die anderen Positionen des Vertrages bleiben unverändert bestehen. Der Versuch der Gewerkschaften, eine neue, den jetzigen Teuerungsverhältnissen entsprechende Lohnzulage mit den Meistern zu vereinbaren, nahm schon im März d. J. seinen Anfang. Immer aber scheiterte er an dem Widerstand der Arbeitgeber. Auch Verhandlungen vor dem Gewerbegericht lehnten sie ab. Am 30. August und 11. September kam es dann zu Verhandlungen an der Kartellratsstelle, aber auch hier führten die Verhandlungen zu keinem Resultat, so daß es am 3. Oktober zu obigem Schiedsspruch kam. Der bisher von den Meistern zugebilligte Lohn war 1,25 %. In der Verhandlung vom 30. August verstanden sie sich dann auf 1,40 %. Der wirklich gezahlte Lohn schwankt zwischen 1,25 bis 1,50 %. Es ist demnach ein beträchtlicher Vorteil durch die Organisation erreicht. — Inzwischen haben die Arbeitgeber erklärt, daß sie erst dann dem Schiedsspruch nachkommen werden, wenn von den Kommunal- und Staatsbehörden dem Schiedsspruch entsprechend höhere Stundentöhne bewilligt sind.

Bezirk Bochum.

Um die Anerkennung der Bauarbeiter als Schwerstarbeiter herbeizuführen, wandte sich unter Bezirksleitung an die Herren Regierungspräsidenten von Minden und Münster. Darauf ging seitens des Herrn Regierungspräsidenten von Münster folgende Antwort ein:

„Von den bei dringenden Bauten in der Rüstungs-industrie beschäftigten Arbeitern sind die Maurer, Zimmerleute, Bauhilfsarbeiter, Dachdecker, Eisenbetonarbeiter, Eisenbahnbauarbeiter, Aufengläser, Außenputzwerker und Außenanstreicher als solche anzusehen, denen die Schwerstarbeiterzulage auf Grund des Erlasses des Preussischen Landesgetreideamtes vom 18. Januar 1917 zuzuwenden ist. Anträge der fraglichen Betriebe werden von den Kommunalverbänden in diesem Sinne behandelt.“

Der Herr Regierungspräsident von Minden antwortete:

„Die Beschäftigung der Bauarbeiter, auch der an dringenden Bauten der Rüstungsindustrie beschäftigten, ist eine so verschiedenartige, daß deren allgemeine Anerkennung als Schwerstarbeiter und deren dem entsprechenden Versorgung innerhalb des Regierungsbezirks Minden bei den zur Verfügung stehenden geringen Mengen an Lebensmitteln nicht möglich ist.“

Es soll jedoch in den einzelnen Fällen die Frage einer wohlwollenden Prüfung unterzogen werden, welche von den an dringenden Kriegsbauten oder in der Rüstungs-industrie beschäftigten Bauarbeitern als Schwerstarbeiter oder Arbeiter zu betrachten sind.

Den Mitunterzeichnern der Eingabe bitte ich von diesem Bescheide Kenntnis zu geben.“

Verbandsnachrichten

Neuwied, den 23. September 1917. Am Mittelschein haben sich unsere Ortsgruppen gut gehalten. Besonders trifft das auf die Verwaltungsstelle Neuwied zu. Die Vorstandsmitglieder und Mitglieder haben es als Ehren-sache angesehen, so gut wie es nach Lage der Sache möglich war, die Geschlossenheit in der Organisation zu festigen. Dadurch war es möglich, auch ohne Schwierigkeiten bei den privaten Unternehmern die Lohnzulagen durchzusetzen.

Mittlerweile sind auch die Keram-Steinarbeiter- und Metallarbeiterverbände erstarkt. Der örtliche Metallarbeiterverband konnte sogar ein Gewerkschaftssekretariat in Neuwied errichten. Diese allgemeine Entwicklung legt

ein besseres Zusammenarbeiten nahe. Um dieses miteinander der einzelnen Berufe einzuleiten, und um gemeinsam zu besonderen Fragen Stellung zu nehmen, fand am 23. September in Neuviß für das Koblenz- und Rheinischer Gebiet eine Arbeiter- und Gewerkschaftstagung statt.

Der große Saal des Gefellenhauses war dichtgebrängt besetzt, mancher mußte sich mit einem Stehplätzchen begnügen. Der Leiter der Tagung, Bauleiter Schmir-Röhm vom christlichen Metallarbeiterverband, gab seiner Freude Ausdruck über den stattlichen Besuch, der auch ein erfreulicher Beweis für die schöne Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung sei. Mit warmen Worten begrüßte er die Erscheinungen und besonders auch den Vertreter der Kriegsamtstelle des stellv. General-Kommandos in Koblenz, Jahrelang, so führte Redner aus, hätten die christlichen Gewerkschaften als Welken im verborgenen innerhalb des mittelhessischen Industriebezirks geblüht, fast ohne jeden Zusammenhang die einzelnen Berufe für sich geschafft. Das erstere habe sich erfreulicherweise geändert, und ein treues Zusammenarbeiten der christlichen Berufsverbände zu erzielen, sei eine der wichtigsten Aufgaben der Tagung. Eine solche Arbeitsgemeinschaft sei notwendig im Hinblick auf die großen gemeinsamen Aufgaben der heutigen Zeit: Arbeit an der Beseitigung aller Hindernisse der Koalitionsfreiheit, Schaffung von Arbeiterausschüssen, vollkommene Anerkennung derselben durch die Unternehmer, Beseitigung der Arbeiter bei der Verteilung der Lebensmittel, Reform der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die christlich-nationale Arbeiterkraft habe von jeher verständnisvoll mitgearbeitet an allen großen völkischen Projekten. Sie sei auch im Kriege nicht abseits gestanden, sondern habe im Hinblick auf die Lage gern und freudig ihre Leistungsfähigkeit und Kraft dem Vaterlande geweiht. In dieser Hinsicht seien die Arbeiter hätten die christlichen Gewerkschaften reichen Anteil. Sie hätten geschult, belehrt und geleitet in vollster Erfassung, der Verantwortung, die auf ihnen ruhte. Je mehr sich die Arbeiter beteiligten an der Standesarbeit, desto erfolgreicher würde die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung wirken können. Die grundsätzliche Haltung der christlichen Gewerkschaften streifend, betonte der Redner, daß es keineswegs gleich sei, wo sich der christlich-nationale Arbeiter organisiert. Er gehöre in eine Bewegung, die in vollstem Einklang mit seiner Weltanschauung wirke und rastlos kämpfe für eine frohe und freie Zukunft des Arbeiterstandes. Das tue die christliche Gewerkschaftsbewegung mit sichbarem Erfolge. Lebhafter Beifall wurde dem Redner für seine Ausführungen zuteil. Nun folgte die Berichtserstattung über die Lage der Arbeiter in den einzelnen Berufen, welche die Beamten Führer des Metall-, Lauge- und Bau- und Dachner des Keramik- und Stein- und Arbeiterverbandes übernommen hatten. Besonders bezüglich der Lohnfrage, der Behandlung der Arbeiter durch die Unternehmer wurde lebhaft Klage geführt und durch reichhaltiges Material unterstützt. Auch die Lebensmittelverteilung auf den einzelnen Berufen bedürfe dringend einer baldigen Reform. Auch diese Redner fordernde die Arbeiter auf zur Mitwirkung in der Organisation. Ihre Worte fanden lebhaft Zustimmung. Seitens eines Versammlungsteilnehmers wurde nach einer Kritik der hohen Kartoffelpreise gewünscht, daß man eine Vertrauensperson der Arbeiter in die Lebensmittelkommission am Sitz des Regierungspräsidenten vorschlage. Nunmehr ergriff der Vertreter des Kriegsamts, Herr Klein, das Wort. Mit Interesse habe er den Verhandlungen beigewohnt, über die er am zuständigen Stelle Bericht erstatten werde. Die Kriegsamtstelle sei bisher bestrebt gewesen, vom Standpunkte der ausgleichenden Gerechtigkeit aus die Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auszugleichen. Gerechtigkeit und Pflichtgefühl seien Richtlinien gewesen zu dem einen Ziel: Jedem das Seine. In diesem altpreussischen Grundsatz müßten alle Streitigkeiten zerfallen. Ruhe, Sachlichkeit und Gerechtigkeit müßten auch das Arbeitsverhältnis allzeit beherrschen. Die Kriegsamtstelle werde bemüht bleiben, Arbeiter und Arbeitgeber zu hören, um aus der engen Verbindung mit der Wirklichkeit das Nützliche treffen zu können. Welche Anforderungen auch die schwere Zeit an Arbeitgeber und Arbeiter stelle, zum Vorteile für Volk und Vaterland werde die Kraftprobe des Weltkrieges bestanden werden, getreu der Mahnung aus deutschen Gedicht: Niemals wird das Reich zerstört, wenn ihr einig seid und treu!

Alles in allem war die Tagung ein voller Erfolg der jungen christlichen Gewerkschaftsbewegung im Koblenz-Rheinischer Gebiet. Mit dem Selbstnis der Treue und unermüdeten Mitarbeit, welches Ausdruck fand in einem braven, begeisterten Hinhin auf die christlich-nationale Gewerkschaften und unser geliebtes Vaterland, sind die Delegierten von nun und fern nach Hause geeilt. Die weitere Entwicklung wird Zeugnis ablegen für ihre frohe und feste Standesarbeit. Ganz auf der Tagung einstimmig angenommen: Resolution als Sicherung der weitestgehenden Beschäftigung hat folgender Wortlaut:

1. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeit, die ihnen nicht nur, sondern auch in der nächsten Zeit zu erwarten sind, werden die christlichen Gewerkschaften im Koblenz-Rheinischer Gebiet, durchdrungen von der Bedeutung des Arbeiterstandes im gegenwärtigen Kriege und getrieben von dem Bewußtsein unserer Pflichterfüllung, fordern:
2. Die weitestgehende Beschäftigung des Volkes durch die Aufrechterhaltung der Produktion, Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten in allen Betrieben und insbesondere durch die Beschäftigung der im Kriege zurückgebliebenen Arbeiter;
3. Die weitestgehende Beschäftigung der im Kriege zurückgebliebenen Arbeiter durch die Aufrechterhaltung der Produktion, Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten in allen Betrieben und insbesondere durch die Beschäftigung der im Kriege zurückgebliebenen Arbeiter;

sionen in den Betrieben, Gemeinden, sowie des Regierungsbezirks, unter Hinzuziehung von Vertrauenspersonen der organisierten Arbeiter.

Mit Rücksicht auf die außerordentliche Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel fordern die Versammelten entschiedene Maßnahmen zur Herbeiführung annehmbarer Marktpreise und als Ausgleich gegen die Verteuerung entsprechende Erhöhung der Arbeitslöhne, um der Arbeiterchaft das Durchhalten in dieser schweren Zeit zu ermöglichen.

Zur wirksamen Durchführung dieser Forderungen versprechen die Versammelten, mit allem Nachdruck für die Ausbreitung und Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationskraft tätig zu sein.

Hannover. Wie man versucht, den Arbeitervertretern etwas anzuhängen, zeigt folgendes Schreiben des Bürgermeisters Saale (Stadtvorordneter) in Hannover. In der Bürgervertreterversammlung am 20. September nahm Herr Saale Stellung zu den hohen Kartoffelpreisen und führte u. a. nach dem „Hannoverschen Tageblatt“ aus:

„Es sei mitgeteilt worden, daß die Vertreter der Gewerkschaften diesen Preisen zugestimmt hätten. Das können wir kaum glauben, und es ist wünschenswert, hierüber Feststellungen zu machen.“

Nach dem „Anzeiger“ hat Herr Saale gesagt: „Er habe gehört, daß auch die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre diesen Preisen zugestimmt hätten; er frage an, ob dieses richtig wäre und ob das heiße die Interessen der Arbeiterchaft wahr.“

Und im „Kurier“ lautet die Äußerung Saales: „Es würde interessant sein, darüber Auskunft zu erhalten, ob es wahr sei, daß bei der entscheidenden Sitzung der Reichskartoffelstelle über die Anfuhrer-Schnelligkeitsprämien die Vertreter der Arbeiterchaft diesen Prämien zugestimmt hätten.“

Da schon für uns wie alle unsere Mitglieder feststand, daß es sich hier um eine Aktion handelte, die darauf



Es starben den Heldentod fürs Vaterland:

Heinrich Nachtkemper. Zahlstelle Herbern.

Heinrich Robe. Zahlstelle Wabgen.

Schäpe Tomczak. Zahlstelle Hufen.

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Am 28. September starb infolge eines Unglücksfalles unser Kollege **Wilhelm Eckert.**
Zahlstelle **Coln-Sülz.**

Ehre seinem Andenken!

abzielte, den unbeliebten Arbeitervertretern etwas anzuhängen, verständigten wir uns mit dem Kollegen Stegerwald und veröffentlichten folgende Erklärung in den hiesigen Tageszeitungen:

„Erklärung der christlichen Gewerkschaften zur Kartoffelpreisfrage! Nach Berichten hiesiger Tageszeitungen hat Herr Bürgervertreter Saale in der letzten Sitzung des Bürgervertreterkollegiums sich dahin geäußert, es sei ihm mitgeteilt, daß die Gewerkschaftsführer schuld an den hohen Kartoffelpreisen seien. Das hiesige Ortsblatt der christlichen Gewerkschaften hat sich sofort an ihren Vertreter, Generalsekretär Stegerwald, Vorstandsmittglied des Kriegsernährungsamts, gewandt und kann zu der Frage folgendes mitteilen: 1. Der Grundpreis der Kartoffeln ist in diesem Frühjahr, trotz des energischen Widerspruchs der Verbrauchervertreter, die auch für eine Belieferung mit 10 Pfund die Woche eintraten, mit 5 und 6 M festgesetzt. 2. Dieser hohe Preis ist in der Hauptsache dem Treiben westdeutscher Städte und der Großindustrie zuzuschreiben. 3. Die Schnelligkeitsprämie ist von der Reichskartoffelstelle erlassen und in Vorschlag gebracht, die Verbrauchervertreter haben damit nichts zu tun. Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften im Kriegsernährungsamt brauchen gegen Aufgabungen, die hohen Kartoffelpreise oder die Schnelligkeitsprämie angeregt zu haben; gar nicht verheißt zu werden. Wie diese, die genehmigt nicht gerade als Freunde der christlichen Gewerkschaften bezeichnet werden können, aber die in den Ernährungsbereichen tätigen christlichen Arbeitervertreter arbeiten, sei hier nur kurz gesagt. So sprach Herr von Verlog in der Sitzung am Sonntag, Nr. 33 vom 15. August: „In manchen Situationen hat ich im Interesse der Konsumenten noch, daß die Arbeiter in der Person des christlichen Gewerkschaftssekretärs auch einen gewissen Vertreter im Kriegsernährungsamt haben.“ Das Kriegsernährungsamt

der General-Kommission der freien Gewerkschaften Deutschlands führt in seiner Nr. 33 vom 1. September folgendes aus: „Erwünscht wäre es auch vom Standpunkt der Vertretung der Arbeiterinteressen, daß Herr A. Stegerwald dem (Kriegsernährungs-)Amt erhalten bleibt, da seine gründliche Kenntnis der Arbeiterverhältnisse, seine unermüdete Arbeitskraft und seine Festigkeit als Arbeitervertreter ihn fast unentbehrlich gemacht haben.“ Durch vorstehende Zeilen glauben wir im allgemeinen das Wachsen von der Verteuerung der Kartoffeln durch die Arbeitervertreter abgetan zu haben. Hätte man den Anregungen der Arbeitervertreter mehr und früher Beachtung geschenkt, sie auch in den Kommunen besser mitarbeiten lassen, stände es um unsere Ernährung besser. In einer weiteren Zuschrift verwahrt sich auch der Hirsch-Dückerische Gewerbeverein, dagegen, daß die Arbeitervertreter hohe Kartoffelpreise beschuldigt haben sollen.“

Auch die Vertreter der sog. Gewerkschaften veröffentlichen eine Erklärung, in welche sie auch Herrn Saale ausforderten, öffentlich zu erklären, welche Arbeitervertreter er gemeint habe, Herr Saale schweigt sich aber aus. Dieses ist nur möglich in einer Stadt, die zwar königliche Haupt- und Residenzstadt ist, in der aber die städtischen Körperschaften nur von sogenannten Würgern gewählt werden, und unter Bürger versteht man solche Leute, die sich das Bürgerrecht mit 150 M erkaufen oder ein eigenes Haus besitzen. Alle anderen Einwohner haben kein Wahlrecht, können selbstredend auch nicht gewählt werden. Hier ist auch eine Neuordnung am Werke. Der größte Teil der hannoverschen Bevölkerung ist auch der Meinung, daß der auf Lebenszeit gewählte Herr Stadtdirektor sich bessere Verdienste erwerben würde, wenn er für ein freiwirtschaftliches kommunales Wahlrecht genau so stark arbeite wie für die neue Vaterlandspartei. Wir sind sogar der Meinung, daß er sich dann unsterbliche Verdienste erringen und sein Name in der kommunalen Geschichte Hannovers einen dauernden, guten Klang behalten würde. Nachdem der preussische Lebensmittelkommissar, unser jetziger Reichskanzler, die Verordnungen erlassen hatte, daß alle größeren Städte Lebensmittelkommissionen einsetzen sollten, in die auch die Arbeiter ihre Vertretung entsenden sollten, wurde hier zwar eine solche Kommission gebildet, in die auch unser Bezirksleiter, Kollege Zumbrock, gewählt wurde, aber die Kommission trat erst am 17. September zusammen. Erst zu dieser Zeit wollte man seitens des Magistrats die Wünsche der Verbraucher hören, was es viel zu spät war. Auch ein Beweis dafür, wie man es versteht, Verordnungen „nationalen Wert“ zu verschaffen.

Kartoffelfeststellungen

Der bekannte Bauernführer Dr. Helm, der sich in seltenen Fällen widerspruchslos der ausgegebenen allgemeinen Interessentenparole zu fügen pflegt, macht in seinem kriegswirtschaftlichen Blatt u. a. folgende interessante Feststellungen: Im Vorjahre die größte Misere; diesmal in Bayern und anscheinend im ganzen Reich eine vorzügliche Ernte. 1918 bedeckte der Erzeugerpreis von 4 M nicht einmal die Erzeugerkosten; diesmal liegen die Verhältnisse ganz anders. Voriges Jahr zögernde Abnahme. Viele Städte haben noch Frühkartoffeln im Keller. Das unter diesen ein großer Prozentsatz zu früh herausgeriffener Herbstkartoffeln waren, ist zweifellos. Die Schnelligkeitsprämie von 50 Pf. je Zentner ist unbegründet und hat der früheren Ernte unnützlich. Am 19. März wurde, um zum Anbau von Kartoffeln zu ermuntern, ein Erzeugermindestpreis von 5 M festgesetzt. In einigen Teilen des Reiches ist leider trotzdem der Kartoffelpreis auf 6 M festgesetzt worden. Ich halte diesen Preis für unbedingt ungerechtfertigt. Die Kommentatoren sind in der Lage, sich den Preis um 2 Pf. zu verbilligen, wenn sie eine Gruppenversorgung durch Versorgungsverbände (Konsumvereine, Gewerkschaften, Arbeitervereine, Wohlfahrtsvereine, größere Institute) organisieren. Die so differenzieren werden aus den Versorgungsgebieten der Konsumverbände gestrichen. Bei der Gruppenversorgung entfallen die Kleinhandelszuschläge, die 3-4 Pf. betragen, und selbst wenn der Versorgungsbedürfnis noch mit Preiszuschüssen zu rechnen hat, wird er die Kartoffeln billiger im Keller haben als im Vorjahre. Bei der Lagerung in den Privatkellern ist eine viel sorgsamere Pflege möglich und bei einer richtigen Behandlung ist bei der diesjährig durchgängig gefunden Beschaffenheit der Kartoffeln ein Schwund fast vollständig zu vermeiden. Auch Dr. Schmittbauer schreibt u. a.: Der Druck, den die Bauern auf die Verkäufer und diese auf die Kommissionen ausüben, beweist, daß die Schnelligkeitsprämie (bis zum 15. Dezember gezahlt wird, D. Red.) überflüssig ist. Es können gar nicht so viel Kartoffeln intransportiert, wie angefahren, es können gar nicht so viel angenommen werden, wie angeboten wurden. Bei der reichen Ernte dürfte es geradezu erscheinen, in großem Umfang Kartoffelmehl und Grodenkartoffeln herzustellen, damit man für das nächste Jahr eine Reserve hat, falls im Jahre 1918 wieder eine Misere in Kartoffeln kommen sollte. Freilich steht denn der hohe Preis für die heutigen Kartoffeln entgegen. Angesichts des starken Anfalls ausgegebener Kartoffeln, die für menschliche Ernährung gar nicht oder nur wenig geeignet sind, wäre der Gebrauch eines neuen beherrschbaren Erzeugerpreises besser als das. — Dazu müßten wir bemerken, daß das Beschäftigungsverbot als Schutzbestimmung zunächst nicht zu erheben ist. Sobald das volle Ernährungsergebnis feststeht und die dauernde Versorgung der Bevölkerung sichergestellt ist, wird sich über seine Beseitigung oder weitere Einschränkung reden lassen.